

Antrag:

Nutzen-Kosten-Untersuchung für den BA 2.2 - Einschaltung des Landesrechnungshofs

In den Erwiderungen der Verwaltung wird immer wieder behauptet, für den Bauabschnitt 2.2 der A 281 sei aufgrund seines weit fortgeschrittenen Planungsstandes keine erneute Überprüfung erforderlich. Insbesondere sei keine separate Nutzen-Kosten-Analyse nötig, da der Bauabschnitt 2.2 im Rahmen des gesamten geplanten Autobahnringes mit bewertet worden sei. Für die A 281 insgesamt wurde 2008 ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 5,4 angegeben.

Anders als der Bauabschnitt 2.2 wurde der Bauabschnitt 4 (Wesertunnel) für den neuen Bundesverkehrswegeplan einer Nutzen-Kosten-Analyse unterzogen. Der Bauabschnitt 4 mit der Weserquerung ist unbestreitbar das Herzstück des gesamten Autobahnringes. Trotzdem wurde selbst für ihn nur ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,7 ermittelt.

Alle Untersuchungen machen deutlich: Der Bauabschnitt 2.2 entfaltet nur einen sehr begrenzten verkehrlichen Nutzen und auch seine Wirkungen für die benachbarten Wohngebiete sind unter dem Strich bestenfalls neutral. Wir bezweifeln, dass bei ihm ein Nutzen-Kosten-Verhältnis > 1 ermittelt werden könnte. Das ist aber Voraussetzung dafür, dass er überhaupt aus öffentlichen Mitteln finanziert werden darf.

Auch Bremen ist inzwischen mit mehr als 30 Millionen € an den Baukosten beteiligt. Zusätzlich muss es mindestens 20 Millionen € an Planungskosten aufbringen.

Es ist uns unverständlich, weshalb das dafür zuständige Bundesverkehrsministerium sich so beharrlich weigert, den Bauabschnitt 2.2 einer neuen Bewertung zu unterziehen. Vielleicht, weil es Angst vor dem zu erwartenden Ergebnis hat?

Um Schaden abzuwenden, muss Bremen deshalb selbst tätig werden.

Antrag:

Wir beantragen, im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens den Landesrechnungshof mit einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für den BA 2.2 unter Einschluss der für den Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Nutzen-Kosten-Analyse zu beauftragen.

Norbert Breeger, Jens Körber

Für die Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281 und alle von ihnen vertretenen Einwanderinnen und Einwander